

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Postgebühren monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Jungferstraße 21, II. Telefon 3455.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expediton:** Jungferstraße 21. Telefon 1789.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die geschalteten Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei längerer Dauerleistung wird Rabatt gewährt. Belegnummern 20 Pf. Zulage müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 104.

Dresden, Donnerstag den 7. Mai 1908.

19. Jahrg.

## Das Jubelfest in Wien.

Der deutsche Kaiser feiert heute in Wien das Jubelfest des Kaisers Franz Josef von Österreich, der vor genau 50 Jahren, 2. Dezember 1858, den Thron bestiegen hat. Das Fest, das dem neunjährigen Wiener Kleinbürgertum erwünschte Abwechslung vom grauen Alltagsleben bietet und das Vorbild jenes großen, dem ruhebedürftigen Kaiser aufgedungenen Festzugs bildet, von dem sich die Gesellschaft der kleine Verbesserung der mäßlichen Wirtschaftsblage erhofft, wird freilich nicht ganz den grandiosen Plänen entsprechen, die vor einigen Monaten in Berlin entworfen worden waren. Damals hieß es, daß der deutsche Kaiser mit Adlerhelm und Marschallstab seinen Eintritt in die österreichische Kaiserstadt halten werde, gefolgt von der glänzenden Reitergarde der treuen Vasallen. In einer solchen öffentlichen Schaustellung, durch die vor dem Auslande die Ausübung der Souveränität der deutschen Bundesfürsten demonstriert worden wäre, ist es nun freilich nicht gekommen. Die Bundesfürsten, die sich dem Juge Wilhelm II. angeschlossen haben, trafen einzeln in Wien ein, wo sie von Erzherzogen in Empfang genommen wurden, während ihrem Kaiser ein glänzendes Willkommen durch Franz Josef, die österreichische Kaiserfamilie und die Stadt Wien geboten wird. So wird doch immerhin der Grundgedanke des Festes, wie er seinen Urheber in Anlehnung an einige Verse Schillers vorgezeichnet haben mag, noch deutlich genug zum Ausdruck gelangen:

Wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt,  
Umstanden sie alle den Herrscher der Welt,  
Die Würde des Amtes zu üben.

Insofern ist der Wiener Vorgang auch für die innere Politik des Deutschen Reiches von symptomatischem Interesse; er zeigt wie sich das Verhältnis der kleineren Bundesstaaten zu Preußen in siebenunddreißig Jahren der Reichseinheit wirklich entwickelt hat.

Eine ähnliche Bedeutung kommt dem Wiener Krönungsfest für die auswärtige Politik keineswegs zu. Hier zeigt der Festtag nicht was ist, sondern er will scheinen machen, was nicht ist. Das Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ist keineswegs so fest und innig, wie man sich an gewissen Berliner Stellen einreden möchte, vielleicht deshalb, weil man dort den Gedanken an einen Zerfall dieses Bündnisses gar nicht entzogen kann. Deutschland, das durch die Politik der letzten zwanzig Jahre in eine fast vollständige gefährliche Isolierung hineingetrieben wurde, braucht Österreich als letzten noch möglichen Bundesgenossen, es braucht Österreichs Freundschaft doppelt, weil ohne diese die auf Kleinmächten gerichteten weltpolitischen Pläne des Reiches noch phantastischer und unmöglicher wären, als sie es ohnehin schon sind.

Es ist aber nicht anzunehmen, das Österreich seine auswärtige Politik dauernd nach reichsdeutschen Bedürfnissen einrichten wird. Zum wirtschaftlichen Wettbewerb, der auf dem Balkan österreichische und deutsche Interessen gegen einander treibt, besteht sich der tiefe Gegensatz der inneren Struktur beider Bundesstaaten. Der preussische Absolutismus, die Dreiklassenherlichkeit, die Polenhege, die Behandlung österreichischer Arbeiter durch die preussische Fremdenpolizei haben in den Massen der österreichischen Völker, die in ihrer Mehrheit katholisch und in ihren besten Teilen demokratisch gesinnt sind, Erbitterung und in ihnen besten Teilen demokratisch gesinnt sind, Erbitterung hervorgerufen, die viel tiefer greift als die weltliche Streitfrage des christlichsozialen Spießbürgerturns von Wien. Die Deutschland gerichteten Strömungen nicht westlichen, dieses Berliner prunkende Fest ist zwar ein schönes Vergnügen, hat aber keinen politischen Wert.

### Franz Josef.

Franz Josef, Kaiser von Österreich und König von Ungarn, regiert nunmehr 50 Jahre. Wien in der Revolutionszeit wurde dem 18jährigen Jüngling die Krone aufs Haupt gedrückt, nachdem Kaiser Ferdinand zugunsten seines Neffen abgedankt hatte. Er ist Kaiser Josef mehr als einmal zur wahren Dornenkrone geworden, persönlich und politisch hat er davon oft schwer genug getragen. Viel Kräfte hat er erfahren und erdulden müssen in seiner Familie und in der politischen Entwicklung seiner Länder. Sein ältester Bruder, der Kaiser Maximilian von Mexiko, war in Cuernavaca am 19. Juli 1867 standrechtlich erschossen worden. Dann kam das furchtbare Drama v. Mayerling, das am 30. Januar 1889 den Kronprinzen Rudolf im 31. Lebensjahre dahintraffte. Im September 1895 wurde seine, von ihm getrennt lebende Frau, die Kaiserin Elisabeth, in Wien durch den Dolch Rudenitsch dahingerafft. Auch politisch hat Kaiser Franz Josef manchen Leidenstagen ausstehen müssen. Er führte zwei unglückliche Kriege, mit Frankreich im Jahre 1859 und mit Preußen 1866. Erst seit 1861 hat Österreich eine Verfassung, und 1867 kam ein Ausgleich mit Ungarn zustande, der den bestehenden Dualismus schuf. Von einer ruhigen inneren Entwicklung aber war keine Rede, da der immer ruhender Nationalitätenhaushalter alles geistliche Fortschreiten sowohl wie neuen Lebens verdrängte und zeitweilig Österreich sowohl wie Ungarn in den Zustand eines vorübergehenden Absolutismus zurückführte. Die Ungarn, nicht zufrieden mit dem Vertrag von 1867, kämpften fortwährend auf Trennung von Österreich hin, und in Österreicher traten ähnliche zentrifugale Bestrebungen, namentlich bei den Tschechen, auf. Die beliebte Person des großen Kaisers bildete ein einigendes Band.

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1907, um das von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft seit vielen Jahren gekämpft wurde, gestaltete die innere Lage des Reiches entscheidend. Daß der Kaiser sich für diese Reform einsetzte,

das hat auch die österreichische Sozialdemokratie anerkannt. Auch die ungarischen Staatsmänner haben sich, wenngleich zögernd und löcherlich, verpflichten müssen zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

Im Herbst v. J. war ein kleiner Influenzaustrich den greisen Monarchen längere Zeit auf Ananienlager, aber er überwand die Krankheit und erlebte nunmehr den Tag des 50jährigen Regierungsjubiläums. Der einfache Sinn des alten Kaisers offenbar ist es auch darin, daß er laute Jubilationen nach Möglichkeit abzuwehren suchte. Die Wiener aber mußten schon aus rein geschäftlichen Gründen ihren glänzenden Festzug haben. Und in Deutschland lebt man die Besze sehr und veranstaltet die Kaiserfeste von Jüttern.

## Der Freilinn im Sumpf.

Wir teilen gestern mit, daß der Freilinn im preussischen Landtagswahlkreis Ober- und Niederbarnim sich mit den Konservativen zu einem Wahlbündnis zusammengelassen habe. In der freilinnigen Zeitung findet dieses seltene Bündnis zwischen Wahlrechtsfeinden und angeblichen Wahlrechtsfreunden natürlich seinen Widerspruch, das Blatt bringt jetzt vielmehr ein Entschuldigungsheftchen des freilinnigen Kandidaten in jenem Kreis Dr. Schep. In dem Schreiben wird in aller Herzenselust erzählt, die Konservativen seien mit dem Anerbieten herantreten, ein Mandat dem Freilinnigen ohne irgendeine Gegenleistung einzuräumen; warum habe man einen solchen Vorschlag nicht annehmen sollen? Diese Sorte Freilinn bemerkt schon nicht mehr, wie sehr er mit solcher Erklärung seine totale Versumpfung erweist.

Das Verhalten des offiziellen Freilinn in der preussischen Landtagswahl, nicht bloß in dem genannten Kreis, gibt dem Berliner Tageblatt erneut Anlaß, sich und die ehrlich demokratisch gerichteten Elemente von diesem Freilinn loszusagen. Das Blatt schreibt:

Die freilinnigen Parteien gehen noch einen Schritt weiter und affizieren sich direkt mit den Konservativen, um hier und dort ein Mandat zu ergattern. So haben sie sich mit den Konservativen in Ober- und Niederbarnim zusammengelassen. Ein solches Bündnis mit derjenigen Partei, die als die eigentliche Trägerin der Reaktion erscheint und noch in ihrem Wahlkampf vom „betäubenden“ Freilinnwahlrecht spricht, stellt die freilinnigen Grundzüge nicht bloß fest, sondern schlägt ihnen direkt ins Gesicht.

Die Kreise Ober- und Niederbarnim stehen nicht vereinzelt da. In diesem liberalen Wahlkreis liegt Wehrde. Aus dem Wahlkreis sind zwei Mandate zu ergattern, die Freilinnigen und Konservativen zusammenhängen. In Wehrde zeigt sich die gleiche Erscheinung; auch in Wehrde-Wippertal zeigt sich die gleiche Erscheinung. Wir sind nicht vertrauensselig genug, um anzunehmen, daß es sich bei diesen Abmachungen um zufällige Erdbeben handelt. Viel mehr besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß hinter dem Fest mit den Konservativen die freilinnigen Parteilichen stehen.

So sehr wir es beklagen dürfen, wenn die Wahlverträge durch Auseinandersetzungen innerhalb des erwünschten Liberalismus beeinträchtigt würde, so bestimmt müssen wir das von dieser freilinnigen Wahlallianz abtrüben. Wir haben wieder und wieder die Meinungsdifferenzen eine gewisse Annäherung zwischen freilinnigen Kandidaten empfohlen. Aber wir hatten davon kein, daß der Wahlkampf einen Kampf gegen das preussische Wahlrecht bedeuten muß. Deshalb empfehlen wir grundsätzlich allen Mandatanten in solchen Kreisen, in denen der Freilinn allein mit den Konservativen zusammengeht, die Aufstellung von Gegenkandidaten, die eingeschlossen sind, für die Bekämpfung des Dreiklassenwahlrechts und seine Ersetzung durch das Mehrheitswahlrecht einzutreten. In solchen Fällen handelt es sich nicht mehr um eine mehr oder minder geschickte Taktik, sondern um das liberale Prinzip. Vor dem schicksalhaften Wege, den der Freilinn in einzelnen Wahlkreisen betreten hat, warnen wir alle liberalen Wähler ernstlich. Er führt in den Sumpf, wenn er nicht schon selbst der Sumpf ist.

### Kompromisse kompromittierender Art.

Einen sehr bemerkenswerten Ausruf erlief der Sozialliberale Verein Berlin (demokratische Fraktion, Gruppe Dr. Barth). Es heißt darin:

Die bürgerliche Wochenschrift ist dem Freilinn zum Verhängnis geworden. Der Wochenschrift hat alle Gelegenheiten, sich durchzuführen, verpasst. Die Freilinnigen haben sich als gefällige Soldaten in das Klischee einreihen lassen. Von oben hat der Freilinn nichts mehr zu erwarten, weil er sich zu hochgehoben hat. Nach unten hat er an Konjunktur und Zustand eingebüßt. Die Wochenschrift hat auch zur Verhängnisung der preussischen Wahlreform beigetragen. Aber als er droht, der Wahlkampf zu verlaufen, für welche Demokratie hätte es der Wahlkampf geben dürfen: Übertragung des Preußen! Statt gleichen, gleichen und diesen Wahlkreisen auf Preußen! Statt dessen Kompromisse kompromittierender Art, um die und die ein Mandat zu ergattern, Kampf gegen die zuverlässigen Wahlrechtsfreunde, Bündnisse mit den Wahrscheinlichen bis zur äußersten Notwendigkeit! Ein solches Beispiel!

Das moralische Ansehen des Freilinn hat durch die Preisgabe des Grundgesetzes der Staatsbürgerlichen Rechte und durch die Verschmäherung des Koalitionsrechts aufs schwerste gelitten. Seine weitere Entwicklung nach rechts ideell unauflöslich. Die zuverlässigen demokratischen Elemente werden abgehoben. Die Brücken zur Arbeiterklasse sind abgebrochen. Die Fäden der sozialdemokratischen Politik sind jenseitig wieder an. Die politische Gleichgültigkeit in den bürgerlichen Kreisen nimmt überhand.

Solange die Wochenschrift andauert — und ihr Ende ist jetzt nicht abzusehen —, ist von den freilinnigen Fraktionen keine demo-

## Deutsches Reich.

### Wahlprüfungen.

Der Reichstag nahm am Mittwoch ein Schoß Wahlprüfungen vor. Zuerst fand die Wahl des freilinnigen Stenographen Lehm, des Heim-Schüßlings zur Beratung. Die Vorgänge bei seiner Wahl in Lennep-Wettmann beduten nicht mehr und nicht weniger als die Einführung des napoleonischen Systems der offiziellen Kandidaturen in Deutschland. Aber derselbe Freilinn, der einstmal von moralischer Entrüstung über die Landtagskandidaturen überflutet, freilich jetzt schamlos über das Ansehen amtlicher Wahlunterstützung ein, daß die Nachfahren der Manteuffel und Westfalen den entarteten Erblöhnen der Waldeck und Godebold zuteil werden lassen. Der Freilinn hat sogar verlernt, sich zu schämen, und läßt durch die Wiener, Wugdan und Geißler nachsehen, was in der schwarzweißen Reaktionsperiode die hartgejagtesten Junker nicht ohne Erörtern zur Bewältigung der amtlichen Wahlverträge bewachten. Der Freilinn ist so regierungsfremd geworden, daß der Antifreilinnismus der Raab und Liebermann auf das äußerste Unterfangen verzichtet, mit solcher Verbrecherlei die Konkurrenz aufzunehmen; die Gruppe der wirtschaftlichen Parteien trennte sich bei der Abstimmung von dem Reichstag. Der Oppositionsantrag auf Beweiserhebung fiel nur mit Stimmenmehrheit und in der entscheidenden Schlussabstimmung siegte die Wahlprüfungsmehrheit nur mit vier Stimmen. In der ebenso heftigen wie ausgedehnten Debatte, die der Abstimmung vorausging, sagte der Genosse Fischer der freilinnigen Gesellschaft gründlich die Meinung. Herr Wugdan glaubte, die wohlgeleiteten Fische abzuweichen zu können, indem er — ausgerechnet gerade er — konstatierte, daß Genosse Fischer in allerhöchster Jugend einmal Zentrumsmann gewesen sei. Als Herr Wugdan im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wörtlich von den „früheren Grundbänden der Freilinnigen“ sprach, rief ein wahrer Ozean von Heiterkeit durch das Haus und die eigenen Wochenschriften der Freilinnigen, die Konterpartien beteiligten sich an dieser Nachfolge. Besonders heftig lachten Jordan Krocher und der kleine schlaue Heubehälter auf, die beide ihre freilinnigen Pappenscheiter und deren „Grundzüge“ vom Trellaffenhaule her genau kennen. — Bei den Wahlen der Genossen Böhle und Schwarz-Lübeck ludte der Freilinn in leichtfertiger Weise Abscheu für die Aufdeckung der Eitelheit-Sünden zu nehmen. In beiden Fällen gab sich Neumann-Heier dazu her, freilinnige Anträge auf Beweiserhebung gegenüber den Kommissionsanträgen auf Gültigkeitserklärung zu begründen. Die Genossen Fischer und Geiger bedien den Vorwitz der Freilinnshelden gründlich zu. Die Wochenschrift hat den Freilinnigen den Gefallen, ihre Anträge anzunehmen. — Bei der Wahl des Nationalliberalen Wöhl-Wüchling unterhielten sich der nationalliberale Coerting und der christlich-sozialer Purkhardt eine geschlagene Stunde über die weiterzuhüternden Frage, ob Christlich-Soziale oder Nationalliberale die besseren Evangelischen seien. — Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung, die schon um 10 Uhr beginnen soll, stehen sämtlichen ausstehenden dritte Lesungen. Den Antrag Webers, auch die Petitionen darauf zu legen, lehnte die ferntrunkene Mehrheit ab.

Am Donnerstag oder Freitag wird der Reichstag bis zum 20. Oktober vertagt werden. Es besteht jedoch nicht die Absicht, schon im Oktober die Plenarberatungen wieder aufzunehmen, vielmehr wird die erste Plenarberatung erst am Dienstag den 3. November stattfinden. In der Zwischenzeit wird nur die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle ein paar Sitzungen abhalten. Ganz ähnlich war es schon im Jahre 1899. Auch damals war der Reichstag auf den 8. November vertagt, auch damals war der Reichstag auf den 8. November vertagt, trat aber erst am 25. November zusammen und ließ inzwischen die Gewerbeordnungskommission arbeiten. Eine Schwierigkeit bietet für die Zeit, in der das Plenum noch nicht zusammengetreten ist, die Frage des Erlases ausstehender Kommissionsmitglieder. 1899 hatte die Kommission beim Reichstage den Antrag gestellt, den Präsidenten zu ermächtigen, Erlagsmitglieder zu ernennen. Diesmal hat der Präsident selbst die Absicht, sich vom Erlase eine solche Ermächtigung zu erbitten.

### Die Vertrauung der Politik.

Die Dienstag in Berlin geführten Verhandlungen zwischen dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände und dem Zentralverband Deutscher Industrieller zwecks Gründung eines allgemeinen politischen Bundes gewerblicher Arbeitgeber haben, wie die Deutsche wirtsch. Korresp. erzählt, zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Die definitive Beschlußfassung wurde vertagt.

Die Slub...  
Herausgeber...  
Verlag...  
Druck...  
Redaktion...  
Expediton...  
Korrespondent...  
Anzeigen...  
Abonnenten...  
Preis...  
Erscheinung...  
Verantwortlich...  
Redaktion...  
Expediton...  
Korrespondent...  
Anzeigen...  
Abonnenten...  
Preis...  
Erscheinung...  
Verantwortlich...